

# Warum es uns nicht um „freie Meinungsäusserung“ gehen kann!

Die neoliberale Agenda des IWF ist nicht einfach irgendeine „Meinung“ in einer pluralistischen Gesellschaft – sie entspricht der herrschenden Ideologie. Die Politik des IWF und die Stellungnahmen ihrer Präsidentin, Christine Lagarde, sind jetzt schon stets in allen Medien präsent. Die Strukturanpassungen – Privatisierungen, Sozialabbau und Sparmassnahmen -, die den von der kapitalistischen Krise betroffenen Ländern aufgenötigt werden, werden stets als notwendig und richtig dargestellt. Der IWF und die herrschende Politik haben die Hegemonie und damit die Deutungshoheit über die Ursachen der Krise sowie darüber, welche Massnahmen sich für deren Bekämpfung eignen.

Es geht also nicht um die Frage, ob Christine Lagarde ihre Meinung äussern darf oder nicht; ihre Meinung ist sowieso schon allgegenwärtig und bestens vertreten. Dass sie an der Universität, einem Ort, der sich kritisch mit der IWF-Politik und den gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen sollte, auftritt, kann und darf nicht sein. Es kann des Weiteren auch nicht angehen, dass an einer Bildungsinstitution jemand spricht, dessen politische Ideologie u.a. den Bildungsabbau propagiert, indem beispielsweise die Privatisierung von Bildung und anderen sozialen Einrichtungen angestrebt wird. Ausserdem darf an einer Uni niemandem eine Plattform gegeben werden, deren Politik zu Tod und Armut führt und Leute in den Selbstmord treibt, wie dies gerade in diesen Tagen in Griechenland oder in Italien geschieht.

Dass die vom IWF propagierten Massnahmen ohnehin nicht in unserem Interesse sind, ist klar. Wir wollen eine Welt ohne kapitalistische Ausbeutung, eine Welt ohne IWF und Konsorten. Wir suchen mit diesen Institutionen keinen Dialog, da sie strukturell Teil des Problems und nicht Teil der Lösung sind. Wir brauchen mit Christine Lagarde nicht zu diskutieren, welche Strukturanpassung wo am geeignetsten ist – wir wissen, dass es keine der vom IWF vorgeschlagenen Massnahmen braucht, sondern eine grundlegende Veränderung der herrschenden Verhältnisse. Wenn wir also gegen den Besuch Lagardes an der Uni Zürich protestieren, dann ist das unser Ausdruck, unsere Form von Widerstand, den wir gegen den IWF, die Folgen seiner Politik und seine Apologetin richten.

Keine Plattform für den IWF und seine neoliberale, menschenverachtende Politik!  
Christine Lagarde – not welcome!